

REDE

Annelie Buntenbach

DGB-Vorstandsmitglied

1. Mai 2014

Kassel

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, dass so viele gekommen sind, dass wir heute mit so vielen Menschen gemeinsam auf der Straße stehen, um für gute Arbeit und ein soziales Europa zu demonstrieren – schön, dass Ihr da seid, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Starke Gewerkschaften sind heute wichtiger denn je.

Der Chef von Amazon mag ja behaupten, wir wären „nicht mehr zeitgemäß“. Aber in Wirklichkeit ist er es, der aus der Zeit gefallen ist.

Dort werden Kolleginnen und Kollegen so unter Druck gesetzt, dass sie zum Beispiel direkt abgemahnt werden, wenn sie nicht sofort springen. Dafür hat Amazon vielleicht die modernste Technik, aber was den irren Arbeitsdruck und die Kontrollen angeht, sind das frühkapitalistische Unterdrückungsmethoden!

Und die spanischen Kolleginnen und Kollegen, die bei Amazon in Bad Hersfeld zu Hungerlöhnen ausgebeutet worden sind, bewacht von Security mit Nazi-Allüren, die haben wir auch nicht vergessen. Gegen solche Rückfälle in den Frühkapitalismus, bei Amazon oder wo auch immer, werden wir uns weiter gemeinsam zur Wehr setzen.

Auch dafür sind Gewerkschaften da: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, an der alle mit Würde und auf Augenhöhe teilhaben! Von hier aus unsere Solidarität und Unterstützung für die Kolleginnen und Kollegen von Amazon, die noch immer um einen Tarifvertrag kämpfen!

Es geht nicht um Almosen oder ein gnädiges Wohlwollen des Chefs, sondern um unser Recht, um den Lohn, der uns zusteht, um Arbeitsbedingungen, die unsere Gesundheit und unsere Würde respektieren.

Dafür brauchen wir klare gesetzliche Regeln, gute Tarifverträge, die alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen, und wir brauchen starke Betriebsräte, die gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen ihre Interessen auch im Betrieb durchsetzen können.

Betriebsräte sind das Rückgrat der Demokratie in den Betrieben, jeder Betrieb braucht einen Betriebsrat!

Ich möchte an dieser Stelle all denen, die sich als Betriebsrätinnen und Betriebsräte engagieren, meinen ganz herzlichen Dank sagen. Ihr macht eine verdammt wichtige Arbeit: Euch einen guten Start in die neue Wahlperiode und viel Erfolg für Eure Arbeit!

Anrede,

Klare Regeln am Arbeitsmarkt, das heißt als allererstes: ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde. Der muss dann bald angehoben werden, keine Frage – aber erst einmal muss er überhaupt festgeschrieben werden.

Dafür haben wir Gewerkschaften mit anderen zusammen lange gekämpft – ich bin sehr froh, dass der Mindestlohn jetzt endlich auf dem Weg ins Gesetzblatt ist! Das ist unser gemeinsamer Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und wir brauchen den Mindestlohn: Wir haben den größten Niedriglohnbereich in ganz Europa, das haben wir der Agenda 2010 zu verdanken. Jeder Vierte muss im Niedriglohnsektor arbeiten, oft zu Löhnen, von denen niemand leben kann, 70 Prozent davon sind Frauen.

Dem irren Druck nach unten am Arbeitsmarkt muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden, mit dem gesetzlichen Mindestlohn. Darunter darf wirklich nichts mehr gehen, der Mindestlohn darf nicht mit Ausnahmen durchlöchert werden, nicht bei der Jugend, nicht bei den Langzeitarbeitslosen, bei der Saisonarbeit – dafür werden wir in den nächsten Wochen kämpfen.

Da mögen die Arbeitgeber noch so zetern, ein Flickenteppich hilft niemand: Würde kennt keine Ausnahmen. Und deshalb darf es auch beim Mindestlohn keine Ausnahmen geben.

Gut ist, dass mit diesem Gesetzespaket auch das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen ausgeweitet werden soll – und dass es leichter wird, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Das ist wichtig, weil die Flucht aus den Tarifverträgen bei den Arbeitgebern in den letzten Jahren enorm zugenommen hat.

Da, wo das Tarifsysteem greift, funktioniert es gut. Auch in diesem Jahr können sich die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften wirklich sehen lassen – dafür an dieser Stelle noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch!

Und denjenigen, die wie die Kollegen aus dem Bauhauptgewerbe noch mitten in der Tarifaufeinandersetzung stehen, gute Nerven und viel Erfolg!

Seit Jahren zeigt sich, dass es die Tariflöhne, und zwar nur die Tariflöhne sind, die für ein reales Plus im Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen sorgen. Wer ohne dasteht, hat das Nachsehen. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften und ein starkes Tarifsysteem.

Wir erwirtschaften den Reichtum in diesem Land, und der muss wieder gerechter verteilt werden!

Mit dem Tarifpaket und gesetzlichem Mindestlohn kommen wir einen guten Schritt voran, aber wir müssen den Niedriglohnsumpf insgesamt trockenlegen.

Leiharbeit wird nach wie vor massenhaft eingesetzt, um Löhne zu drücken. Werkverträge werden missbraucht, am Bau, in der Fleischindustrie, aber inzwischen auch auf den Werften, in der Automobilindustrie und woanders, um tarifliche Standards zu unterlaufen und Leute auszunehmen.

Minijobs werden in großem Maßstab im Handel, in der Gebäudereinigung, in der Gastronomie eingesetzt, um Tariflöhne zu umgehen. Vielen dieser Kolleginnen werden Urlaubsansprüche und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorenthalten.

Wir haben als Gewerkschaften inzwischen schon in einigen Branchen und Betrieben Verbesserungen erkämpfen können. Aber das geht gerade da nicht, wo die Missstände und die Erpressbarkeit am größten sind, wo dann kein Tarifvertrag oder Betriebsrat existiert – da werden wir den Gesetzgeber nicht aus der Verantwortung entlassen, um klare Verhältnisse zu schaffen:

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit, und wir werden keine Beschäftigungsverhältnisse zweiter Klasse akzeptieren!

Diese ganz und gar nicht schöne neue Arbeitswelt braucht klare Regeln – Regeln, die sicherstellen, dass die Würde der Menschen wieder respektiert wird.

Anrede

Dieser Schutz muss für alle gelten – auch für die Kolleginnen und Kollegen, die aus Mittel- und Osteuropa kommen, um hier zu arbeiten, inzwischen auch immer mehr aus Spanien, Italien oder Griechenland: Gerade sie drohen besonders schnell in ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse abzurutschen, weil sie ihre Rechte und die Sprache oft nicht kennen.

Sie werden systematisch ausgenutzt von Subunternehmern, die ihren Firmensitz, oder genauer gesagt ihren Briefkasten, über die Grenzen hin- und herschieben. Da behalten Leiharbeitsfirmen den letzten Lohn einfach ein, weil sie wissen, der Arbeitnehmer aus Polen oder Rumänien hat kaum die Chance, ihn einzuklagen. Diese Missstände müssen weiter bekämpft und beseitigt werden.

„Wer betrügt, der fliegt!“ mit diesem Slogan hat die CSU versucht, auf dem Rücken von Zuwanderern Stimmen zu fangen. Inzwischen ist ja auch amtlich bestätigt, dass die CSU-Kampagne nichts anderes ist als heiße, populistische Luft.

Über die wirklichen Betrüger in Sachen Zuwanderung hat diese mutige Partei allerdings nicht ein Wort verloren: Kein Wort über die Profitmacherei auf den Knochen der Kolleginnen und Kollegen, kein Wort über massenhaften Lohnbetrug, kein Wort über Steuerhinterziehung oder Sozialmissbrauch von Arbeitgebern.

Auch diesen eklatanten Missständen muss man endlich einen Riegel vorschieben – mit Kontrollen und Generalunternehmerhaftung in ganz Europa! Mobilität braucht faire Regeln! Lohnbetrug ist kein Kavaliersdelikt! Arbeitgeber, die sich nicht an die Regeln halten, müssen bestraft werden – und zwar empfindlich!

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, auf diejenigen zuzugehen, die nach Deutschland

kommen – vor allem auf diejenigen, die in prekäre Beschäftigung abgedrängt werden. Es ist unser gewerkschaftliches Selbstverständnis, sie in unsere Mitte zu nehmen, ihre Rechte nach Kräften zu schützen und mit ihnen gemeinsam die Arbeitsbedingungen zu verbessern!

Wir werden uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Allerdings ist Mobilität kein Ausweg aus der Krise in Europa – über 50 Prozent arbeitslose Jugendliche in Spanien und Griechenland, 27 Millionen Europäerinnen und Europäer ohne Arbeit und Perspektive: Da ist ein grundsätzlicher Politikwechsel in Europa nötig!

Und ja, es gibt Alternativen zur Spar- und Kürzungspolitik! Die europäischen Gewerkschaften fordern gemeinsam ein Investitionsprogramm, damit in nachhaltiges Wachstum, in Infrastruktur, in Energieeffizienz, in Breitband, aber auch in altersgerechtes Wohnen und in Bildung investiert wird. Wir brauchen ein solches Programm, damit vor allem die Jugend wieder eine Perspektive bekommt, und zwar überall in Europa! Der Zukunftsinvestitionsfonds, den wir dafür brauchen, soll gefüllt werden aus einer Abgabe auf hohe Vermögen und der Finanztransaktionssteuer.

Seit Jahren geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander – und zwar vor allem durch die Finanzkrise und die völlig falsche und ungerechte Krisenpolitik. Da ist es nur gerecht und vernünftig, wenn jetzt endlich die Reichen in Europa in die Pflicht genommen werden!

Aus so einer massiven Krise, wie wir sie in Europa haben, kann die Wirtschaft nur mit einem massiven Investitionsprogramm herauswachsen. Wenn man so weitermacht wie heute – mit der Streich- und Kürzungssorgie bei den Löhnen und Sozialleistungen, bei den öffentlichen Haushalten, der Daseinsvorsorge – dann fährt man Europa erst so richtig vor die Wand.

In den vergangenen Jahren hatten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Brüssel selten Gutes zu erwarten – da war meist die so genannte „Freiheit der Märkte“ wichtiger als unsere Freiheit, unsere Rechte. Dem setzt die Troika – mit Rückendeckung der europäischen Regierungen und der Europäischen Kommission – noch einmal die Krone auf:

Mit ihren Eingriffen in die Tarifautonomie der Krisenstaaten schwächt sie systematisch die Gewerkschaften. Sie hebt Flächentarife aus, senkt die Löhne, privatisiert öffentliche Dienstleistungen, verletzt die Grundrechte.

Zum Beispiel sind die Gesundheitsausgaben in Griechenland so zusammengestrichen worden, dass die Säuglingssterblichkeit innerhalb der letzten drei Jahre um 43 Prozent gestiegen ist – die Neuinfektion bei HIV um mehr als 300 Prozent – das ist doch einfach Wahnsinn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es muss endlich Schluss sein mit dieser zerstörerischen Politik der Troika und diesem grundfalschen Kurs in Europa – wir wollen ein soziales, ein solidarisches Europa!
Und ich will ein Europaparlament, das sich genau dafür stark macht.

Das Parlament braucht mehr Rechte, das ist keine Frage, aber es muss seine Rechte auch nutzen. Zum Beispiel hat das Parlament die Möglichkeit, die Troika beim Europäischen Gerichtshof wegen

ihrer Grundrechtsverletzungen verklagen. Fragt doch die Kandidatinnen und Kandidaten, die jetzt zur Wahl antreten, ob sie dazu bereit sind, das wäre nämlich dringend nötig!

Das Parlament ist die einzige Institution, auf die wir alle direkt Einfluss nehmen können, mit der Europa-Wahl am 25. Mai. Ich bitte Euch herzlich, geht hin und sorgt mit dafür, dass in diesem Parlament möglichst viele Abgeordnete sitzen,

- die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa vertreten,
- die sich für ein umfassendes Investitionsprogramm engagieren und für ein soziales und demokratisches Europa,
- und auf die man auch im Fall der Fälle in Sachen Mitbestimmung zählen kann wie beim VW-Gesetz.

Die Abgeordneten müssen Nein sagen zu einem europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen, wenn darin Investoren auf alle Zeiten Bestandsschutz garantiert werden soll. Da soll das große Geld geschützt werden vor demokratischen Entscheidungen.

Wenn zum Beispiel Parlamente Umweltschutzstandards, den Verbraucherschutz oder die Bürgerbeteiligung verbessern, soll der amerikanische Multi eine Entschädigung in Milliardenhöhe bekommen. Bei Konflikten entscheiden dann obskure Scheingerichte unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne die Möglichkeit zum Widerspruch. Ja, wie vordemokratisch ist das denn?

Außerdem: Wer will schon Genmais oder gechlorte Hähnchen aus den USA auf seinem Teller, auch noch ohne Kennzeichnungspflicht? Ich jedenfalls nicht. Wenn hier nicht an den entscheidenden Punkten grundlegende Verbesserungen auf den Tisch kommen, wenn Kultur, Verbraucherschutz, Demokratie und Transparenz so unter die Räder kommen, dann muss dieses Abkommen gestoppt werden!

Wir brauchen transparente Verfahren, demokratische Beteiligung – und keine Hinterzimmerpolitik! Das gilt im Übrigen für die Europapolitik insgesamt.

Mir liegt auch deshalb so sehr an einem Kurswechsel in Europa, weil mir an der Spaltung in Europa, an der Perspektivlosigkeit in den Krisenländern eins besonders große Sorgen macht – die extreme Rechte. Der Front National droht in Frankreich stärkste Partei zu werden und schmiedet europaweite Bündnisse. UKIP ist in Großbritannien auf dem Vormarsch, ihr kennt die Situation in Griechenland, die Wahlergebnisse in Ungarn, und das ist lange noch nicht alles.

Auch hier in Deutschland treten rechtsextreme Parteien an. Und solche wie die AfD, die nicht nur rechtspopulistisches Gift streut, sondern auch marktradikale Positionen vertritt, mit dem alten neoliberalen Rechtsausleger und EX-BDI-Chef Hans Olaf Henkel an der Spitze – lassen wir uns da nichts vormachen.

Wenn die menschenverachtende Demagogie von Rechtsextremen und Rechtspopulisten noch mehr Boden gewinnt in Europa, oft gepaart mit faschistischer Gewalt, sind wir gefordert, dem klar und deutlich entgegenzutreten.

Bei der Wahl zählt jede Stimme – also geht bitte hin! -, aber noch mehr zählt der gewerkschaftliche Grundsatz: Wo engagierte Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen, da ist kein Platz für Nazis!

Wir brauchen mehr Solidarität in Europa, aber wir brauchen auch mehr Solidarität in Deutschland. Ein Herzstück sind hier die solidarischen Sozialversicherungssysteme, die in den letzten Jahren massiv zusammengekürzt worden sind, immer mit dem Ziel, die Arbeitgeber zu entlasten.

Ergebnis ist, dass uns, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, immer mehr Lasten auf die Schultern geladen worden sind – vielen mehr, als sie tragen können. Gleichzeitig ist die soziale Absicherung immer schlechter geworden.

Aber die großen Lebensrisiken, Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflege, die kann niemand individuell schultern, jedenfalls nicht ohne Konto in der Schweiz oder auf den Cayman-Inseln, dafür brauchen wir die kollektive Solidarität in den sozialen Sicherungssystemen!

Das geht nicht durch private Zusatzversicherungen – über den unsicheren Kapitalmarkt schon gar nicht, das müsste doch nach der Finanzmarktkrise der Letzte begriffen haben!

Wir brauchen die solidarische Umlagefinanzierung, da müssen die Arbeitgeber wieder in die Verantwortung der paritätischen Finanzierung zurück – und die Leistungen müssen stimmen.

Das heißt bei der Rente: Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, muss von seiner Rente auch in Würde leben können! Und da finde ich, ist das Rentenpaket eine gute Nachricht – zum ersten Mal seit vielen Jahren wird es bei der Rente Verbesserungen geben.

Nachdem die Rente in den letzten Jahren ja nur eine Richtung gekannt hat, nämlich abwärts, ist das Rentenpaket ein Wendepunkt in der Rentenpolitik – oder kann zumindest dazu werden.

Klar, mit diesem ersten Paket ist es noch nicht getan – wir brauchen bessere flexible Übergänge, mehr gegen Altersarmut und vor allem bessere Aussichten und mehr Sicherheit für die jungen Generationen.

Aber auch wenn da jetzt noch nicht alles drin ist: Das Rentenpaket ist ein erster wichtiger Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit. Darauf sollten wir aufbauen – und es nicht zerreden. Das versucht nämlich gerade die Wirtschaftslobby mit der Abteilung Attacke und Propaganda, um das Paket wieder aufzuschnüren.

Diese Kritik an der Rente mit 63 ist Kulturkampf pur. Sie ist maßlos überzogen, scheinheilig und würdelos.

Wer die bessere Anerkennung der Lebensleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 45 Jahre lang Beiträge gezahlt haben, Kinder groß gezogen haben oder sich für die Arbeit die Gesundheit ruiniert haben, in Frage stellt, hat jedes Gefühl für Gerechtigkeit und Anstand verloren.

Und natürlich müssen dabei auch Zeiten der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, das kann in einem langen Arbeitsleben schließlich jeden treffen!

Die, die das Rentenpaket nicht wollen, behaupten, das Ganze wäre nicht bezahlbar. Das ist Unsinn.

Aber die Mütterrente, die den größten Batzen bei den Kosten ausmacht, muss richtig finanziert werden – das heißt aus Steuern und nicht aus den Beitragsmitteln der Rentenkasse. Schließlich geht es hier um eine gesamtgesellschaftliche Leistung, und daran sollen sich alle beteiligen. Das Kindergeld wird schließlich auch nicht aus der Rentenkasse bezahlt!

Wenn die Mütterrente richtig finanziert wird, können wir die Reserven in der Rentenkasse halten und ausbauen und damit für die junge Generation in Zukunft die Rente wenigstens auf dem Niveau von heute sichern.

Für Alte und Junge eine anständige Rente, das geht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

All diejenigen, die uns jetzt die Arbeitspflicht bis 70 oder noch länger einreden wollen, die haben von der Lebenswirklichkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land nichts, aber auch gar nichts begriffen.

Wo die 65 schon die Wenigsten schaffen, soll der Dachdecker jetzt noch mit 70 aufs Gerüst? Die Krankenpflegerin, der Schichtarbeiter, die Busfahrerin? Ja, was denn noch?

Dieser Sargdeckelfraktion kann man nur zurufen: Irgendwann muss auch gut sein. Wer jahrzehntelang geschuftet und Beiträge gezahlt hat, soll auch was vom verdienten Ruhestand haben.

Dafür brauchen wir stabile Renten – und das kann sich ein reiches Land wie Deutschland allemal leisten.

Wenn die Regierung meint, es sei nicht genug Steuergeld da – zum Beispiel für die Mütterrente, aber auch für die Sanierung von Straßen oder Schulen (oder auch für den Abbau der kalten Progression), dann sollte sie endlich ran an die großen Vermögen, Spitzenverdiener und schwerreichen Erben.

Das ist ohnehin überfällig, um etwas gegen die immer größere Schieflage bei der Verteilung von Arm und Reich zu unternehmen. Es ist ja nicht etwa so, dass kein Geld da wäre – es ist nur in den falschen Händen!

Anrede,

wir kommen voran – aber es gibt noch viel zu tun für gute Arbeit, für mehr Gerechtigkeit und ein soziales Europa – für eine Gesellschaft, an der alle auf Augenhöhe teilhaben können!

Dafür wünsche ich uns allen gute Nerven, viel Energie und Erfolg!

Vielen Dank.
